

revanchistische Aggressionspolitik der westdeutschen Militaristen in Europa zu binden. Dazu trägt auch bei, daß den USA-Monopolein besonders günstige Möglichkeiten verschafft wurden, um an der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland teilzunehmen und Riesenprofite einzustreichen. Das amerikanische Kapital drang und dringt vornehmlich in jene westdeutschen Industriezweige ein, die das Tempo der technischen Revolution mitbestimmen und zugleich größte Bedeutung für die Rüstungsproduktion haben. Zu diesen Zweigen gehören vor allem die Mineralölindustrie, die Kunststoff- und Kunstfaserproduktion, die Petrochemie, die Metallveredlung, die Fahrzeug-, Flugzeug- und Raketendindustrie. Gegenwärtig beteiligen sich rund 1200 amerikanische Unternehmen an der westdeutschen Produktion und damit an der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter.

Auch auf diese Weise sind neue Abhängigkeits- und Interessenverhältnisse zwischen den Monopolen der beiden gefährlichsten, weil stärksten und aggressivsten imperialistischen Mächte entstanden.

Die zutiefst antinationale Politik und die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus beruhen nicht zuletzt darauf, daß er im Bündnis mit dem USA-Imperialismus, die Rolle eines Stoßkeils des Weltimperialismus gegen das sozialistische Weltsystem in Europa spielt und weiterhin spielen soll. Diese Rolle macht ihn zum Nutznießer jeder internationalen Spannung und ermöglicht es ihm immer wieder, die anderen imperialistischen Mächte, bei allen Differenzen, die es zwischen ihnen gibt, an der Stärkung seiner Positionen zu interessieren.

Verstärkte Gier nach Atomwaffen

2. Der Drang und die offene Forderung der westdeutschen Militaristen nach Mitbesitz und Mitbestimmung über den Einsatz von Atomwaffen haben sich in den letzten Wochen weiter verstärkt. Am 6. März dieses Jahres erklärte der Bonner Kriegsminister von Hassel in einem Gespräch mit dem Hessischen Rundfunk erneut und ohne jede Umschweife: Die Bundesrepublik verlange eine aktive Beteiligung an der atomaren Rüstung, sie fordere die Teilnahme an der atomaren Rüstung, sie fordere die Teilnahme an der atomaren Zielplanung und dem Einsatz von Atomwaffen und sei nicht bereit, auf den „physischen Mitbesitz“ von Kernwaffen zu verzichten.

Nachdem die französische Regierung beschlossen hat, sich aus der NATO zurückzuziehen und damit dieses Kriegsbündnis einen schweren, fast vernichtenden Schlag erlitten hat,

verstärkt sich die Gefahr, die von der Atomachse Washington—Bonn ausgeht. Mit großem Ernst hat Genosse Breshnew in seinem Rechenschaftsbericht an den XXIII. Parteitag der KPdSU darauf hingewiesen, daß in unseren Tagen „einer der für den Frieden gefährlichsten Faktoren das zweiseitige Militärbündnis von besonderer Art (ist), das sich zwischen den regierenden Kreise der USA und der Bundesrepublik Deutschland herausbildete.“ Und weiter: „Der amerikanische und der westdeutsche Imperialismus sind zwei eigenartige Partner. Jeder von ihnen möchte den anderen zur Verwirklichung seiner Absichten ausnutzen. Beide sind bestrebt, die internationale Spannung in Europa zu verschärfen — jeder entsprechend seinen eigenen Erwägungen. Für die westdeutschen Militaristen ist das der Weg, auf dem sie ihre Revancheabsichten verwirklichen zu können glauben — was natürlich eine unerfüllbare Hoffnung ist.“

Aggressive Vorherrschaftsbestrebungen

3. Die herrschenden Kräfte Westdeutschlands weigern sich nach wie vor, die in Europa bestehenden Grenzen anzuerkennen. Sie verstärken ihre ökonomischen, politischen und militärischen Hegemoniebestrebungen in Europa, insbesondere in Westeuropa. Gestützt auf ihr großes ökonomisches Potential versuchen sie in der Wirtschaft, im Handel, in der Politik und in allen anderen Bereichen ihre Vorherrschaft durchzusetzen. Dieses Vorherrschaftsstreben des westdeutschen Monopolkapitals ist die Ursache der harten Auseinandersetzungen in der EWG. Die expansionistischen Ziele des westdeutschen Imperialismus sind weit gesteckt. In dem bereits zitierten Rundfunkinterview des Bonner Kriegsministers erklärte dieser, daß es „durchaus überlegenswert“ sei, die regionale Begrenzung der NATO aufzugeben oder neu zu ziehen.

4. Im Bunde mit dem amerikanischen Imperialismus verstärken die westdeutschen Imperialisten ihre neokolonialistische Politik, wie es u. a. die Reise des Bonner Präsidenten Lübke nach Afrika gezeigt hat. Die westdeutschen Militaristen spielen an der Seite der amerikanischen Imperialisten eine immer aktivere Rolle bei dem Versuch, in Afrika, in Asien, in Lateinamerika die nationale Befreiungsbewegung aufzuhalten und zu unterdrücken, in den jungen Nationalstaaten imperialistische Positionen aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen, um sich Rohstoffquellen und Absatzgebiete zu sichern.

5. Diese imperialistische Politik nach außen wird von einer Verschärfung der reaktionären Entwicklung im Innern begleitet. Die Arbeiter